

Resolution

des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald zur Korrektur des Landesentwicklungsprogramms und zur Stärkung des ländlichen Raums

Mit 85% der Fläche Bayerns ist der ländlicher Raum Heimat für mehr als 7 Millionen Menschen, d.h. rund 60% der Bevölkerung in Bayern leben in ländlichen Räumen. Für die Zukunftsfähigkeit Bayerns ist die weitere Entwicklung der ländlichen Räume daher von entscheidender Bedeutung. Die ländlichen Räume müssen die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung erhalten und dort, wo sie Entwicklungsdefizite haben, gezielt und bevorzugt gestärkt werden. Dies gilt in besonderem Maße für die Region Donau-Wald.

Die Region ist zur Gänze dem ländlichen Raum zuzurechnen, der weitaus größte Teil davon ist ländlicher Teilraum, dessen Entwicklung in besonderem Maße gestärkt werden soll. Mit der EU-Osterweiterung, der demographischen Entwicklung und der Verwaltungsreform, um nur einige Rahmenbedingungen zu nennen, steht die Region Donau-Wald vor enormen Zukunftsherausforderungen. Das gültige Landesentwicklungsprogramm wird diesen Herausforderungen nur unzureichend gerecht und enthält teilweise sogar Regelungen, die für die Entwicklung des ländlichen Raumes hinderlich sind.

Der Planungsverband Donau-Wald fordert daher im Rahmen der laufenden Fortschreibung die prioritäre Entwicklung des ländlichen Raumes insgesamt im LEP zu verankern und als durchgängiges Prinzip in allen wichtigen Handlungsfeldern zur Verwirklichung zu bringen. Vordringlich sind:

1. Gezielte Unterstützung der Grenzregion.

Besonders die ländlichen Räume in den strukturschwachen Gebieten und den Grenzgebieten der Region Donau-Wald haben noch Entwicklungsdefizite. Hohe Arbeitslosigkeit, unterdurchschnittliche Wachstumsraten der Wirtschaft und hoher Wettbewerbsdruck an der Nahtstelle zu Niedriglohnländern kennzeichnen die Situation. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Planungsverband den Beschluss der Staatsregierung vom 25.05.2004 ausdrücklich, ein 100-Millionen-Wirtschaftsförderungsprogramm zugunsten Ostbayerns aufzulegen. Der Planungsverband fordert die Staatsregierung auf, diesen Weg verstärkt weiterzuführen und die Belange des ostbayerischen Grenzlandes gegenüber dem Bund und der EU aktiv zu vertreten. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass der Förderstatus im Rahmen der GA-Förderung auch nach dem Jahr 2006 für das Grenzland erhalten bleibt.

2. Verbesserte Anbindung der Region im grenzüberschreitenden Verkehr nach Tschechien und Österreich auf Schiene und Straße ist vordringlich.

Damit sich die Region Donau-Wald weiter positiv entwickeln und im internationalen Wettbewerb bestehen kann, braucht es eine qualitativ hochwertige Verkehrsinfrastruktur. Sie ist von der EU-Osterweiterung besonders betroffen. Die bestehende Schienen- und Straßeninfrastruktur ist den steigenden Verkehrsbelastungen nicht gewachsen. Vordringlich ist die rasche Realisierung der in der Resolution vom 28.04.2003 genannten Verkehrsprojekte erforderlich.

3. Die Verwaltungsreform für die Stärkung des ländlichen Raumes nutzen.

Das Erschließungsprinzip und eine angemessene Lenkung öffentlicher Mittel in den ländlichen Raum ist ein wichtiger Baustein für die Strukturverbesserung. Öffentliche Dienstleistungen müssen daher auch im ländlichen Raum wohnortnah angeboten werden. In ausreichender Dichte vorhanden sein. Es gilt durch die Beibehaltung der bestehenden Einrichtungen (z.B. Fortstämter) den ländlichen Raum nicht zu schwächen und durch die Verlagerung staatlichen Stellen aus den Verdichtungsräumen heraus zu stärken.

4. Zentrale Orte im ländlichen Raum weiter notwendig, aber flexibel zu handhaben.

Angesichts der demographischen Entwicklung kommen große Herausforderungen vor allem auf die dünner besiedelten ländlichen Räume zu. Der Sicherung eines wohnortnahen und vielfältigen Versorgungs- und Bildungsangebotes muss bei geringer werdender Auslastung ein hohes Gewicht beigemessen werden. Die Region Donau-Wald hält die Orientierung der öffentlichen Daseinsvorsorge am System der zentralen Orte weiterhin für erforderlich, allerdings sollten daraus keine Restriktionen und Entwicklungshemmnisse für die Gemeinden erwachsen. Jede Gemeinde muss die Chance haben, sich zu einem zentralen Ort zu entwickeln oder eine höhere zentralörtliche Einstufung zu erreichen.

5. Drohenden Defiziten in der Einzelhandelsversorgung in kleinen Gemeinden vorsorgen.

In der Region Donau-Wald gibt es vor allem in kleineren Gemeinden immer weniger Lebensmittelgeschäfte. Neue Läden werden kaum noch unter einer Geschosßfläche von 1.200 qm gebaut und sind damit als Einzelhandelsgroßprojekte einzustufen. Die Folge ist, dass solche Geschäfte nach dem LEP-Ziel zum Handel nur noch in zentralen Orten ab der Stufe Unterzentrum möglich sind. Kleinzentren haben keine Chance mehr, von Handelsketten als Standort ausgewählt zu werden und viele Unterzentren haben so kleine Nahbereiche, dass nur geringe Verkaufsflächen möglich sind.

6. Vielfältige Handelsstruktur im ländlichen Raum erhalten und stärken.

Die Einführung des Verflechtungsbereichs des innerstädtischen Einzelhandels als Bezugsgröße für die Güter des sonstigen Bedarfs führt im ländlichen Raum zu einer unangemessenen Konzentration in der Handelslandschaft. Besonders die kleineren zentralen Orte sind die Verlierer dieser Zielausgestaltung. Die bereits starken Handelsstandorte (wie etwa Oberzentren) werden zu Lasten der zentralen Orte mit schwachem Handel weiter gestärkt. In der Region Donau-Wald sind z.B. rein rechnerisch in keinem Mittelzentrum Fachmärkte in den Sortimentsbereichen Sport, Elektro, Kinderausstattung und Fahrräder in der von der BBE festgelegten betriebswirtschaftlichen Mindestbetriebsgröße möglich. Eine Entwicklung nach dem Motto „die Starken werden immer stärker, die Schwachen immer schwächer“ macht viele Bemühungen der letzten Jahre (Städtebauförderungsmittel!) zunichte und die Verwirklichung regionalplanerischer Ziele zur bevorzugten Entwicklung bestimmter zentraler Orte unmöglich.

7. Den Gemeinden im ländlichen Raum eine entsprechende Entwicklung auch in der Fläche ermöglichen.

Ein wichtiger Standortvorteil der ländlichen Räume, insbesondere auch der Region Donau-Wald ist die Verfügbarkeit von Flächen. Während in der Diskussion um den Flächenverbrauch die Verdichtungsräume nur selten im Fokus stehen, hat der ländliche Raum hier meist den schwarzen Peter. Die Region Donau-Wald fordert die Staatsregierung auf, bei LEP-Zielen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs die Entwicklungsnotwendigkeit des ländlichen Raums explizit zu berücksichtigen.